

Einführung: Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise

Kailitz, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kailitz, S. (2015). Einführung: Die Demokratie zwischen den Weltkriegen – vom Triumph zur Krise. *Totalitarismus und Demokratie*, 12(1), 7-12. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50656-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einführung

In der Geschichtswissenschaft entwickelt sich derzeit eine Debatte über die Frage, wie sich der Sturz der Weimarer Demokratie in eine transnationale Demokratiegeschichte integrieren lässt.¹ War die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit eine Misserfolgsgeschichte oder eine Erfolgsgeschichte? Die – zahlreichen – Übergänge von nicht-demokratischen Regimen zur Demokratie und von der Demokratie zur Diktatur in der Zwischenkriegszeit sind dabei keineswegs nur von historischem Interesse. Die Transformationsforschung bildet einen zentralen Fokus der Politikwissenschaft und der neueren Zeitgeschichtsforschung.² Trotz der grundlegenden Bedeutung der Erforschung der Gründe für das Überleben und Scheitern von Demokratien ist aber bis in die jüngste Zeit eine Konzentration auf die Übergänge von der Diktatur zur Demokratie und eine gewisse Vernachlässigung der Übergänge von der Demokratie zur Diktatur zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass selbst bei den Transitionen von den nicht-demokratischen Regimen zur Demokratie ausgerechnet die ersten, Schule bildenden Übergänge in der Zwischenkriegszeit in der Transformationsforschung noch zu wenig Beachtung fanden.³

Die Entwicklung politischer Regime erfolgt gewöhnlich pfadabhängig. Lediglich an „kritischen Weichen“⁴ springt mancher Zug aus dem Gleis. Eine solche „kritische Weiche“ war der Ausgang des Ersten Weltkriegs. Monarchische Nicht-Demokratien, autokratischer und konstitutioneller Form, wurden in weiten Teilen Europas hinweggefegt. Um 1918 dachten die meisten Beobachter der

-
- 1 Vgl. u. a. Paul Köppen, Neue Perspektiven zur Zwischenkriegszeit – Eine Antwort auf Claus-Dieter Krohn (http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahreshefte/Forum/Köppen_Müller.pdf; 19.2.2015); Claus-Dieter Krohn, Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik (http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahreshefte/Forum/Krohn_Müller.pdf; 19.2.2015); Tim B. Müller, Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918. In: *Mittelweg* 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 4 (2014), S. 30–52.
 - 2 Vgl. als sehr gute Übersicht zum Stand der Forschung: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagnere (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015.
 - 3 Eine Ausnahme ist etwa das hervorragende Werk von Kurt G. Weyland, *Making Waves: Democratic Contention in Europe and Latin America since the Revolutions of 1848*, Cambridge 2014. Derzeit organisieren Steffen Kailitz am HAIT in Dresden sowie Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning an der Universität Aarhus breit angelegte Projekte zur Demokratieentwicklung in der Zwischenkriegszeit.
 - 4 Vgl. zum im historischen Institutionalismus entwickelten Konzept der „kritischen Weichen“: Giovanni Capoccia/Daniel R. Kelemen, *The Study of Critical Junctures: Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism*. In: *World Politics*, 59 (2007) 3, S. 341–369; Hillel David Soifer, *The Causal Logic of Critical Junctures*. In: *Comparative Political Studies*, 45 (2012) 12, S. 1572–1597.

politischen Welt – ganz ähnlich wie zu Beginn der 1990er-Jahre –, der weltweite Sieg der Demokratie als einzig legitimer Staatsform stünde unmittelbar bevor.⁵

Nach dem Ersten Weltkrieg „explodierte“ nach der russischen Februarrevolution die Zahl der Demokratien in Europa. Nur kurz darauf begann Ende 1917 aber mit der Oktoberrevolution in Russland bereits die Ära des Kommunismus. Als neu aufkommende Regimealternative von rechts formierten sich zunächst in Italien, Österreich und Deutschland faschistische und nationalsozialistische Bewegungen. Bereits 1923 fiel in Italien die erste der neuen Demokratien, und ein faschistisches Regime entstand. Bis 1939 brachen alle Demokratien in Zentral- und Osteuropa mit Ausnahme von Finnland, der Schweiz und der Tschechoslowakei⁶ zusammen. In Südeuropa überlebte – ob in West oder Ost – keine einzige Demokratie. Lediglich die – in der Regel bereits relativ lange etablierten – Demokratien im Nordwesten Europas und in den angelsächsischen Siedlerkolonien Australien, Kanada, Neuseeland und USA überlebten den stürmischen Kampf der Regimealternativen im Zeichen der sozioökonomisch extrem turbulenten Zwischenkriegszeit. Die Zwischenkriegszeit kann als ein „natürliches Experiment“ angesehen werden, als ein „Stresstest“ für Demokratien. Sowohl die sozioökonomisch schwerwiegenden Folgen des Ersten Weltkriegs als auch die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre erfassten alle Demokratien – wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Inzwischen gibt es bereits eine ganze Reihe hervorragender Forschungsarbeiten zu einzelnen Ländern, Ländergruppen oder zur Untersuchung des Einflusses bestimmter Faktoren auf die Regimeentwicklung der Zwischenkriegszeit, vor allem aus den Geschichts-⁷ und Sozialwissenschaften,⁸ auf die die weitere

5 Vgl. für Details den Beitrag von Steffen Kailitz in diesem Heft.

6 Im Falle der Tschechoslowakei lässt sich zudem darüber streiten, ob sie zu den Ausnahmen zu zählen ist. Unumstritten ist, dass die Demokratie in der Tschechoslowakei die Zwischenkriegszeit nicht überstand. Vgl. zur Problematik der Einstufung der „Grenzfälle“ von Scheitern und Überleben der Demokratie den Beitrag von Kailitz in diesem Heft.

7 Vgl. u. a. Robert Gerwarth (Hg.), *Twisted Paths. Europe 1914–1945*, Oxford 2007; Martin Gilbert, *Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Band II: 1919–1933 München 1998; ders., *Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Band III: 1933–1941, München 1999; Gunther Mai, *Europa 1918–1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart 2001; Horst Möller, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1998; Martin Kitchen, *Europe Between the Wars. A Political History*, London 2006; Karl J. Newman, *European Democracy Between the Wars*, Notre Dame 1971; Robert Alastair Clarke Parker, *Europa 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1993; Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Band 2: Die Zeit der Weltkriege 1914–1945*, München 2011.

8 Vgl. u. a. Frank Aarebrot/Sten Berglund, *Statehood, Secularization, Cooperation: Explaining Democratic Survival in Inter-War Europe – Stein Rokkan’s Conceptual Map Revisited*. In: *Historical Social Research*, 20 (1995), S. 210–225; Nancy Bermeo, *Ordinary People in Extraordinary Times: The Citizenry and the Breakdown of Democracy*, Princeton 2003; Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore 2005; Gregory M. Luebbert, *Liberalism, Fascism, or Social Democracy: Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar*

Forschung zu den Gründen für das Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit aufbauen kann. Allerdings besteht bislang – bis auf wenige Ausnahmen⁹ – das Problem, dass Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften in den Geschichtswissenschaften oft nicht genügend Beachtung finden und umgekehrt Erkenntnisse aus den Geschichtswissenschaften oft allzu spärlich in die Analysen von Sozialwissenschaftlern einfließen. Dieses Kommunikationsdefizit wollte das Hannah-Arendt-Institut mit der Tagung „Nach dem ‚Großen Krieg‘. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 – 1939“ angehen. Dieses Heft präsentiert die ersten Ergebnisse. Ein breit angelegter Band ist in Vorbereitung.

Es fällt auf, dass sich die bisherige Forschung zur Zwischenkriegszeit sehr stark auf zentrale Fälle des Demokratiezusammenbruchs (namentlich Deutschland und Italien) konzentriert hat, während die Demokratieentwicklung in sogenannten „semiperipheren“¹⁰ Staaten wie etwa Griechenland, Litauen oder sogar Polen stark vernachlässigt wurde. Durch diese Konzentration entsteht ein Bild von der Zwischenkriegszeit, in dem Demokratien in einem „Zeitalter der Extreme“¹¹ von extremistischen Bewegungen niedergerungen wurden. Dies

Europe, Oxford 1991; Steffen Kailitz, *Sailing the Ship through the Storm. Necessary and Sufficient Conditions for the Breakdown and Survival of Democracies in the Interwar Years*, ECPR workshop “Democratic Regressions: Patterns and Causes”, Salamanca 2014; Juan Linz/Alfred Stepan (Hg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore 1978*; Svend-Erik Skaaning, *Democratic Survival or Autocratic Revival in Interwar Europe? A Comparative Examination of Structural Explanations*. In: Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hg.), *Regression of Democracy? Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 1 (2011) Sonderheft, Wiesbaden 2011, S. 247–264; Thomas Saalfeld/Ekkart Zimmermann, *Economic and Political Reactions to the World Economic Crisis of the 1930s in Six European Countries*. In: *International Studies Quarterly*, 32 (1988) 3, S. 305–334.

- 9 Zu den Ausnahmen zählen nach wie vor die wegweisenden Beiträge von Karl-Dietrich Bracher, die in der Geschichtswissenschaft wie den Sozialwissenschaften hohes Ansehen genießen: Ders., *Die Auflösung der Weimarer Republik: eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1960. Am weitesten voran trieben die transnationale Demokratieforschung zur Zwischenkriegszeit in Europa die Ergebnisse des interdisziplinären und internationalen Projekts unter Leitung von Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell, das erstaunlicherweise allerdings in der deutschen Geschichtswissenschaft kaum rezipiert worden ist: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000; ders. (Hg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39: Comparative Analyses*, Basingstoke 2002. Zu nennen ist weiterhin folgender interdisziplinärer Band: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008.
- 10 Vgl. u. a. Nicos P. Mouzelis, *Politics in the Semi-periphery: Early Parliamentarism and Late Industrialisation in the Balkans and Latin America*, Houndmills 1986; E. Spencer Wellhofer, *Globalization and the Failure of Democracy on the Periphery of the Global Economy, 1870–1946*, paper for the ECPR joint session of workshops, workshop “Democratic Regressions: Patterns and Causes”, Salamanca 2014.
- 11 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt 1994.

ist ohne Zweifel ein wichtiger Teil des historischen Bilds, aber über die starre Beleuchtung dieses Ausschnitts droht übersehen zu werden, dass die meisten Demokratien eben nicht durch klar antidemokratische Kräfte gestürzt werden. In der Regel fallen Demokratien vielmehr durch den demokratisch legitimierten und programmatisch zumindest nicht extremistisch eingestellten Regierungschef oder durch das Militär, das in einer Staatskrise eingreift.

Dieses Themenheft konzentriert sich auf die Gründe für das Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit, möchte aber zugleich einen Beitrag dazu leisten, ein weiter reichendes Erklärungsmodell für das Scheitern und Überleben von Demokratien zu entwickeln. Damit soll die Konsolidierungsforschung – die auf recht morastigem Grund steht – geerdet werden. Der Konsolidierungsforschung liegt bekanntlich ausdrücklich oder implizit die Annahme zugrunde, dass eine Demokratie dann als konsolidiert gelten kann, wenn das Scheitern der Demokratie extrem unwahrscheinlich ist.¹² Das grundlegende Problem dieses Forschungszweigs ist aber, sich darüber zu einigen, welche Voraussetzungen überhaupt erfüllt sein müssen, damit ein Demokratiezusammenbruch unwahrscheinlich wird. Faktisch lässt sich erst durch eine sorgfältige Auswertung historischer Prozesse des Scheiterns und Überlebens von Demokratien ein tragfähiges Fundament dafür legen, wann eine Demokratie wirklich in diesem Sinne „konsolidiert“ ist. Dieses Themenheft und der ihm folgende Sammelband wollen die verschiedenen Linien der gegenwärtigen Forschungen zu den Übergängen von der Demokratie zur Diktatur in der Zwischenkriegszeit aus den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft zusammen- und weiterführen.

Das Themenheft beginnt mit einem Beitrag von Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut), der die Zwischenkriegszeit aus der Perspektive einer globalen Demokratiegeschichte unter die Lupe nimmt. Aus diesem Blickwinkel vereint die Zwischenkriegszeit Elemente des Aufstiegs und Triumphs der Demokratie mit Elementen des Niedergangs und Desasters. Zwischen 1914 und 1920 verdreifachte sich die Zahl der Demokratien auf der Welt nahezu. In der kurzen Periode von Anfang 1919 bis Mitte 1920 „explodierte“ die Zahl der Demokratien. Dieser von Zeitgenossen euphorisch gefeierten „Explosion“ folgte zunächst ein „Rückstoß“ in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre und schließlich in den 1930er-Jahren die durch die Weltwirtschaftskrise angestoßene tiefste Krise der Demokratie. Weder zuvor noch danach fielen in einem so kurzen Zeitraum

12 Vgl. statt vieler Larry Diamond, *Toward Democratic Consolidation*. In: *Journal of Democracy*, 5 (1994), S. 4–17, hier 15; Richard Gunther/Hans-Jürgen Puhle/P. Nikiforos Diamandouros, *Introduction*. In: Richard Gunther/Hans-Jürgen Puhle/P. Nikiforos Diamandouros (Hg.), *The Politics of Democratic Consolidation*, Baltimore 1995, S. 1–32; Andreas Schedler, *Expected Stability. Defining and Measuring Democratic Consolidation*, Wien 1997; Harald Waldrauch, *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel*, Wien 1996; Andreas Schedler, *What is Democratic Consolidation?* In: *Journal of Democracy*, 9 (1998) 2, S. 91–107.

wie 1933/34 so viele Demokratien, darunter erstmals auch Demokratien in fortgeschrittenen Industriestaaten wie Deutschland und Österreich.

Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning (Universität Aarhus) präzisieren in ihrer Analyse die Grenzziehung zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie im Europa der Zwischenkriegszeit. Dazu sichten sie zunächst die vorhandenen Datensätze in Bezug auf die Abgrenzung demokratischer und nicht-demokratischer Perioden europäischer Länder. Møller und Skaaning identifizieren dabei einige umstrittene Fälle, namentlich Bulgarien, Finnland, Italien, Litauen, Portugal, Rumänien, Spanien und Jugoslawien. Bei diesen Ländern gibt es bedeutende Differenzen in der Einstufung, ob und in welchen Zeiträumen sie in der Zwischenkriegszeit demokratisch waren. Gestützt auf die Arbeiten von Historikern zu diesen Ländern, kommen sie in den meisten Fällen zu einem klaren Urteil. Es handelt sich also nicht um echte „Grenzfälle“. In einigen wenigen Fällen wie Bulgarien und Jugoslawien ist die Urteilsgrundlage aber schmal, und die Informationen zur Beurteilung der demokratischen Minimalkriterien widersprechen einander, sodass diese Länder tatsächlich als „Grenzfälle“ erscheinen.

Arnd Bauerkämper (FU Berlin) zeigt in seinem Beitrag, dass der Erste Weltkrieg zu einer tief greifenden sozialen und politischen Mobilisierung und Radikalisierung führte. Dieses Klima förderte das Aufkommen von Kommunismus und Faschismus, aber auch von neuen autoritären Strömungen und Regimen, die sich auf traditionelle Werte beriefen. Diese autoritären Regime der Zwischenkriegszeit knüpften einerseits an die starke Rolle des Staats in der Zeit des Ersten Weltkriegs an, andererseits an das verbreitete Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität. Diese große Bedeutung traditioneller Werte in der geistigen Auseinandersetzung der Zwischenkriegszeit wurde vernachlässigt durch die dominante Wahrnehmung als „Zeitalter der Extreme“. Bauerkämper fordert dazu auf, die autoritären Regime der Zwischenkriegszeit, die traditionelle Werte ausbeuteten, stärker zu beachten.

Das autoritäre Regime General Józef Piłsudskis¹³ nach dem Mai-Putsch 1926 in Polen gehört in diese Reihe. Die Demokratie- wie Autokratieforschung zur Zwischenkriegszeit nimmt aber noch immer ungenügend den ostmitteleuropäischen Raum in den Blick und unterschätzt auch deswegen die Bedeutung des Aufkommens neuer Formen autoritärer Regime in der Zwischenkriegszeit.¹⁴ Die Betrachtung Ostmitteleuropas ist aber für ein vollständiges Bild der europäischen und globalen Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit unabdingbar. Heidi Hein-Kircher (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung,

13 Vgl. u. a. Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat, 1926–1939*, Marburg 2002; Jerzy Kochanowski, *Horthy und Piłsudski – Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen*. In: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn 2001, S. 19–94.

14 Vgl. Agnes Laba/Maria Wójtczak, *Aspekte einer Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa und im Baltikum im Nachklang des Ersten Weltkriegs*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 64 (2015) (in Vorbereitung).

Marburg) untersucht in ihrem Beitrag die polnische Demokratieentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg. Sie zeigt, dass es Polen angesichts schwerwiegender sozioökonomischer Hypothesen und heftiger – teils kriegerischer – Grenzstreitigkeiten mit fast allen Nachbarn nicht gelang, die parlamentarische Demokratie zu stabilisieren. Die parlamentarische Demokratie galt immer weniger polnischen Politikern als vereinbar mit dem vorrangigen Interesse einer Konsolidierung der nach dem Ersten Weltkrieg wiedergewonnenen polnischen Staatlichkeit. Aus dieser Perspektive erschien vielen ein Sturz der Demokratie zunehmend als legitimes Mittel, um die polnische Nation vor der Auflösung zu bewahren und nach innen wie nach außen zu stabilisieren. Paradetypisch entfalten sich am polnischen Fall Argumente, die in den Beiträgen von Bauerkämper und Kailitz aus vergleichender Perspektive adressiert werden.

Nur leicht außerhalb des Schwerpunkts des Hefts liegt die Studie von Lothar Fritze (Hannah-Arendt-Institut) zu den Weltanschauungsdiktaturen. Fritze beschäftigt sich mit den Indoktrinationsbemühungen von extremen Diktaturen von rechts und links, die aus dem Fall von Demokratien (bzw. dem Scheitern von Transitionen zur Demokratie¹⁵) hervorgegangen sind und dem „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) ihren Stempel aufdrückten. Ideokratien müssen aus Fritzes Sicht auf Menschen bauen, die in der Lage sind, innerhalb der von der Regimeideologie vorgegebenen Grenzen eigenständig zu denken und selbstständig zu handeln. Weltanschauungsdiktaturen sind demnach auf Menschen angewiesen, die im Rahmen der Kernaussagen der Regimeideologie mitdenken, ohne die Ideologie selbst in Zweifel zu ziehen. In dieser inneren Widersprüchlichkeit des Projekts der Weltanschauungsdiktaturen liegt laut Fritze ein Keim ihrer Selbstzerstörung.

Dank gilt allen Autorinnen und Autoren dieses Hefts und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Hannah-Arendt-Institut, die an seiner Erstellung mitgewirkt haben, vor allem Uwe Backes, Darya Kulinka und Kristin Luthardt, darüber hinaus allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung „Nach dem ‚Großen Krieg‘. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 – 1939“.

Steffen Kailitz

15 Im Falle Russlands folgte der Februarrevolution mit demokratischer Zielsetzung bereits nach wenigen Monaten die kommunistische Oktoberrevolution.